

# BERICHTE AUS DEM AUSLAND

## POLITISCHER BERICHT AUS DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Dr. Markus Ehm  
Leiter der Verbindungsstelle Moskau

Nr. 5 /2014 – 11. März 2014



## IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

## Ukraine-Konflikt: Russland sieht seine Interessen durch den Westen missachtet

Der Machtwechsel in Kiew wird in Russland von der Regierung und großen Teilen der Bevölkerung ähnlich eingestuft: als gewaltsamer Staatsstreich. Die Bevölkerung spricht sich zudem für eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine aus (1). Als Folge der politischen Neuorientierung im Nachbarland sieht Russland seine geopolitischen Interessen stark gefährdet; Kulminationspunkt dieser Befürchtung ist der Verlust der Krim als Standort für die Schwarzmeerflotte (2). Der Konflikt mit dem Westen und der Ukraine könnte nach Einschätzung des Autors in einen friedlichen Kompromiss münden (3).

### 1. Russlands Auffassung über den Regierungswechsel in der Ukraine

Aus der Sicht der russischen Regierung fand in der Ukraine ein gewaltsamer Staatsstreich statt.<sup>1</sup> Moskau lehnt den Dialog mit der geschäftsführenden Staatsführung ab und fährt die zwischenstaatlichen Kontakte auf eine niedrigere protokollarische Ebene zurück.

Russische Gesprächspartner aus dem Umfeld der Staatsduma skizzieren die Absichten der neuen Regierung in Kiew in den dunkelsten Farben. Die neue Staatsspitze in Kiew stütze sich auf westukrainische Nationalisten um den extremistischen und militanten „Rechten Sektor“ und die rechtsradikale Partei „Freiheit“<sup>2</sup>. Deren Ziel sei es, nach der – seit Januar gewaltsamen<sup>3</sup> – Eroberung des Maidan nun das gesamte Land rücksichtslos auf Linie zu bringen. Als Musterbeispiel für die angeblich radikalen und intoleranten Absichten wird am häufigsten die sofortige Abschaffung des ukrainischen Sprachengesetzes angeführt, das Minderheiten bei einem zehnpromzentigen Bevölkerungsanteil in einer bestimmten Gegend die Möglichkeit gab, ihre Sprache als Amtssprache zu benutzen.<sup>4</sup> Dies habe zur Eskalation im Osten des Landes wesentlich beigetragen.

Tatsächlich räumen auch kremlkritische Gesprächspartner des Autors in Moskau ein, dass die Annullierung dieses Gesetzes ein Fehler war, sehen jedoch die Nationalisten nicht in der führenden Rolle auf dem Maidan. Dies tun aber gegenwärtig praktisch alle Vertreter der politischen Elite Russlands. Sie sagen, dass bei der Wahl des provisorischen ukrainischen Staatspräsidenten der paramilitärische „Rechte Sektor“ das Parlament umstellt und „unschlüssige“ Abgeordnete gezwungen habe, für Oleksandr Turschinow zu stimmen. Nicht zuletzt deshalb habe keine freie Willensäußerung vorgelegen, weshalb der im Westen akzeptierten Staatsführung die demokratische Legitimation fehle. Diese Auffassung werde auch dadurch bestätigt, dass sich die neue Regierung weigere untersuchen zu lassen, wer die Scharfschützen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz in Stellung gebracht habe.<sup>5</sup> Für den Kreml ist eindeutig, wer tatsächlich die Macht auf dem Maidan hatte: aggressive Nationalisten und keineswegs die Zehntausende gegen den Staatspräsidenten Wiktor Janukowitsch protestierenden Demonstranten.

---

<sup>1</sup> So zum Beispiel Staatspräsident Wladimir Putin in einem Interview am 04.03.2014, <http://top.rbc.ru/politics/04/03/2014/909011.shtml>.

<sup>2</sup> „Freiheit“ unterhält freundschaftliche Beziehungen zur deutschen NPD. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html>.

<sup>3</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html>; zur Rolle der Kämpfer des „Rechten Sektors“ als Rückgrat der Absicherung des Maidan siehe auch Wedomosti vom 03.03.2014, S. 21.

<sup>4</sup> Dies betrifft neben Hunderttausenden ethnischen Bulgaren, Rumänen und Rumänen (West- und Südwestukraine) eben gerade Millionen von ethnischen Russen im Süden und Osten des Landes. Russland äußerte seine Kritik am lautesten, allerdings wurde sie auch von Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Polen zum Ausdruck gebracht, <http://www.vz.ru/news/2014/2/27/674598.html>; <http://www.vz.ru/news/2014/2/26/674421.html>.

<sup>5</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-der-ukraine-telefonat-mit-ashton-abgehoert-a-957159.html>.

Meinungsumfragen zeigen, dass sich die Einschätzungen der russischen Bevölkerung und ihrer Regierung zur politischen Wende in der Ukraine ähneln. Nach einer Analyse des krenlkritischen Levada-Instituts steht für 43% der Westen hinter den Demonstrationen im Nachbarland.<sup>6</sup> 31% sehen einen nationalistischen Hintergrund und 11% nehmen an, dass sich die Ukraine vom politischen Diktat Russlands befreien wolle. Die Hauptverantwortung für die Eskalation schreiben die Befragten insbesondere Janukowitsch und seinem Umfeld zu (44%), außerdem dem Westen (36%) und der Opposition (33%). Eine große Mehrheit von 63% empfindet weder Sympathie für die Demonstranten noch für Janukowitsch. Nach einer Umfrage des als krenlnäher eingestuften Instituts WZIOM haben die Russen von den gewaltsamen Auseinandersetzungen ein klares Bild: 32% sprechen von einem Staatsstreich, 28% von Anarchie und Gesetzlosigkeit, 28% erkennen bereits einen Bürgerkrieg, 8% kennzeichnen die Geschehnisse als Revolution.<sup>7</sup>

Doch immerhin meinten 73% der Befragten, der Machtwechsel sei eine innere Angelegenheit der Ukraine, in die sich Russland nicht einmischen sollte.<sup>8</sup> Die zeitlich nach der Umfrage vom Föderationsrat an den Staatspräsidenten erteilte Vollmacht, im Extremfall zum Schutz der Bevölkerung in der Ukraine Militär einzusetzen<sup>9</sup>, dürfte deshalb bei den Menschen in Russland nicht auf Zuspruch stoßen. Durchwegs kritisch äußerte sich zu dieser Entscheidung die außerparlamentarische Opposition. Der ehemalige Vorsitzende der Jabloko-Partei Grigorij Jawlinksij findet, dass die Probleme in der Ukraine ohne militärische Intervention gelöst werden können.<sup>10</sup> Michail Kasjanow und Boris Nemzow, beide Co-Vorsitzende der Partei „PARNAS“, forderten dazu auf, Provokationen, die zu einem Bürgerkrieg führen könnten, zu unterlassen. Irina Prochorowa (Bürgerplattform) sprach sich gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine aus. Der Menschenrechtsrat beim Präsidenten der Russischen Föderation ist bei der Frage gespalten, ob die Entsendung von Truppen das angemessene Mittel sei, um die Anwendung von Gewalt im Nachbarland, insbesondere auf der Krim, zu stoppen. Während die eine Seite zu einer politischen Lösung aufruft<sup>11</sup>, verteidigt die andere Seite die harte Linie des Kremls gegenüber Radikalen, Kriminellen und Nationalisten in der Ukraine.<sup>12</sup>

## 2. Der Kampf um die Krim

Die (geo-)politische Brisanz ergab sich für Russland daraus, dass mit der neuen Regierung in Kiew erstmals in der Geschichte der Ukraine Personen in die Staatsleitung kamen, die sich aggressiv gegen Russland positionieren und auf die Moskau keinen Einfluss hat – selbst mit den als prowestlich bezeichneten Wiktor Juschtschenko und Julia Timoschenko konnte sich der Kreml immer irgendwie arrangieren. Moskau sah die akute Gefahr, dass Übergangspräsident Turtshinow umgehend seine Gefolgsleute in allen ukrainischen Landesteilen in Positionen bringt – eben auch auf der Krim, wo der Oberbürgermeister von Sewastopol vom Staatspräsidenten ernannt wird. Genau an diesem Ort liegt die geopolitisch bedeutsame Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation vor Anker. Trotz eines ukrainisch-russischen Vertrages, der die Stationierung von 25.000 Soldaten bis zum Jahr 2042 regelt, sah Moskau seinen Militärstandort bedroht und übt nun über prorussische Verbände auf der Krim

---

<sup>6</sup> Das Folgende nach: Umfrage durchgeführt vom 21. bis 25.02.2014 und veröffentlicht am 03.03.2014 (<http://www.levada.ru>).

<sup>7</sup> <http://www.rbs.ru/rbsfreeneews/20140306120533.shtml>.

<sup>8</sup> Profil vom 03.03.2014, S. 8.

<sup>9</sup> Wedomosti vom 03.03.2014, S. 2.

<sup>10</sup> Das Folgende nach: Kommersant vom 03.03.2014, S. 2.

<sup>11</sup> <http://www.president-sovet.ru/news/5632>.

<sup>12</sup> <http://www.president-sovet.ru/news/5642>; <http://vz.ru/news/2014/3/2/675151.html>; <http://www.politonline.ru/rssArticle/20751573.html>.

seinen Einfluss aus. Die Skepsis Russlands ist nicht ohne Grund, da die in Kiew am Kabinetttisch sitzende Partei „Freiheit“ in ihrem Programm den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von der Krim fordert.<sup>13</sup>

Große Bedeutung für Russland hat in der Krim-Frage der Türkei-Faktor. Ankara fühlt sich eng verbunden mit den Krim-Tataren, einem moslemischen Turk-Volksstamm, der seit Jahrhunderten auf der Krim lebt. Moskau und die Krim-Tataren verbindet eine wechsel- und leidvolle Geschichte. Die Krim-Tataren machen gegenwärtig ca. 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung aus. Seit 1991 unterstützt die Türkei diese Volksgruppe finanziell, was von Moskau mit Argusaugen beobachtet wird. Nach dem Machtwechsel in Kiew ging der Kreml anscheinend davon aus, dass die Krim-Tataren und die slawische Bevölkerung der Insel – über 60% sind ethnische Russen – miteinander in Konflikt geraten könnten, u.a. deshalb, weil sowohl die neue Führung in der ukrainischen Hauptstadt als auch die Krim-Tataren Antipathien gegen Russland hegen. Eventuell erachtete der Kreml es sogar als möglich, dass sich die Krim-Tataren für eine engere Anbindung an die Türkei aussprechen könnten. Wie das russische Fernsehen zeigte, flog der Präsident der moslemisch geprägten russischen Teilrepublik Tatarstan Rustam Minnichanow auf die Krim, um für eine engere Kooperation mit Russland zu werben. Der Kreml setzt alles daran, unbedingt eine Einigung mit den Krim-Tataren zu erzielen. Um der Halbinsel eine aussichtsreiche Perspektive zu geben, stehen Investitionen Russlands in Höhe von fünf Milliarden USD in Rede.<sup>14</sup> Eine Million USD sollen zusätzlich im Rahmen einer Soforthilfe gewährt werden, um sozial-ökonomische Probleme in den Griff zu bekommen (z.B. Bezahlung der Renten und Gehälter im öffentlichen Dienst).<sup>15</sup>

Ein Wiederaufflammen der Krim-Frage ist für die russische Diplomatie schon jetzt eine große Herausforderung. Denn möglicherweise könnte aufgrund eines Friedensvertrages aus dem Jahre 1783 die Krim im Falle ihrer Unabhängigkeit wieder an das Osmanische Reich, sprich heute die Türkei, zurückfallen; bei der Auflösung der UdSSR im Jahre 1991 ist Ankara auf dieses Abkommen nicht zurückgekommen, eine abschließende Regelung steht jedoch noch aus.<sup>16</sup> Dies dürfte der Grund dafür sein, dass die Bewohner der Krim in einem Referendum nicht über ihre Unabhängigkeit, sondern über den Verbleib in der Ukraine oder den Beitritt zur Russischen Föderation abstimmen sollen.<sup>17</sup> Dazu passt gut, dass in der Staatsduma schon ein Gesetzesvorhaben liegt, welches den Beitritt von neuen Gebieten zur Russischen Föderation erleichtern soll.<sup>18</sup>

### 3. Einschätzung

Für die Bevölkerung Russlands ist klar: Der Maidan ist eine ukrainische Angelegenheit, Moskau sollte sich offiziell heraushalten. Daraus ergeben sich zwei wichtige Folgerungen. *Erstens*: Auch die offene Parteinahme des Westens für eine Seite wird abgelehnt. Dass das russische Staatsfernsehen ein Schwarz-Weiß-Bild über die Ereignisse im Nachbarland zeigt, trägt zu dieser Einstellung bei, ist aber keineswegs die alleinige Ursache. *Zweitens*: Die Russen wollen keinen Krieg, weder mit dem Westen, noch mit Kiew. Dafür gibt es zwischen Russland und der Ukraine viel zu viele familiäre Verbindungen. Putin weiß das.

---

<sup>13</sup> Wedomosti vom 03.03.2014, S. 21.

<sup>14</sup> Wedomosti vom 03.03.2014, S. 20; Wedomosti vom 04.03.2014, S. 4.

<sup>15</sup> Wedomosti vom 04.03.2014, S. 4.

<sup>16</sup> <http://www.nr2.ru/crimea/482251.html>.

<sup>17</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-krim-zieht-referendum-ueber-beitritt-zu-russland-vor-a-957260.html>.

<sup>18</sup> Wedomosti vom 28.02.2014, S. 1.

Gleichzeitig geht der Kreml-Chef davon aus, dass ihm seine Bevölkerung Schwäche in der Krim-Frage nicht verzeihen würde. Die emotionalen Verbindungen zur Halbinsel sind hoch, da ihr in der russischen Geschichte eine große Bedeutung zukommt. Eine bedeutende Rolle spielt die religiöse Komponente: Die Christianisierung des Reiches der „Kiewer Rus“ hat seinen Ursprung in der Taufe von Wladimir dem Heiligen auf der Krim im Jahre 988. Deutlich wird hieraus sogleich die Wichtigkeit der ukrainischen Hauptstadt. Das Reich der Stämme der Rus begann dort und verlagerte sein Zentrum erst im 13. Jahrhundert nach Norden. Hinsichtlich der Krim kommt hinzu, dass sie erst 1954 ukrainisch wurde in Folge einer Laune des damaligen Parteichefs Nikita Chruschtschow. Die heutigen Bewohner sind zu über 60% ethnische Russen. Ob sie sich tatsächlich heute mehr mit Moskau als mit Kiew verbunden fühlen, soll eine Volksbefragung Mitte März zeigen. Der Kreml hinterfragt die Legitimität dieses Referendums nicht – was wäre seine Reaktion, wenn der Ferne Osten eine solche Abstimmung initiieren würde? Im Gegensatz zum in Schottland geplanten Votum gibt es in der Krim-Frage keine Abstimmung zwischen dem aus dem Staatsverband ausscheidewilligen Landesteil und der Zentralregierung. Putin nimmt jedenfalls die Empörung der westlichen Welt in Kauf, um seine Einflussphäre im Schwarzen Meer abzusichern, zu bedeutsam ist Sewastopol als Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Die Behauptung, auf der Krim operierten örtliche „Selbstverteidigungskräfte“ ohne jegliche Beteiligung russischer Strukturen, weil sie keine russischen Abzeichen tragen, ist ziemlich unglaubwürdig, denn es gibt starke Indizien für das Gegenteil: Diese Kräfte – so das US-Außenministerium – werden militärisch straff wie Soldaten geführt und benutzen Militärfahrzeuge mit russischen Kennzeichen.<sup>19</sup> Die Verletzung der ukrainischen Souveränität läge damit auf der Hand.

Für Russland kann die Ukraine nie schlicht ein einfaches Nachbarland sein, zu eng sind die historischen Verflechtungen. Es trifft zu, dass viele Russen auch heute noch die Ukraine gerne unter russischer Kontrolle sehen würden, aber diese Meinung nimmt langsam ab.<sup>20</sup> Für die politische Elite gilt: Moskau muss sich davon verabschieden, dass es sich bei der Ukraine nur um eine Provinz Russland handelt.<sup>21</sup> Auch der – nach Auffassung des Ökonomen Michail Deljagin – praktizierte Energie-Feudalismus<sup>22</sup> schadet der Entspannung. Ob es der Deeskalation dient, die Ukraine ohne ernsthafte Berücksichtigung der Interessenlage Moskaus näher an die EU zu binden oder in die NATO zu integrieren, ist jedoch eine andere Frage. Im außenpolitischen Konzept Russlands haben die Beziehungen zum Nachbarland höchste Priorität. Dies hat zum einen wirtschaftliche Gründe. So gibt es Produktionsketten zwischen der Ukraine und Russland beim Flugzeugbau, der Weltraumindustrie und der Herstellung von Atomkraftwerken. Zum anderen geht es für den Kreml um sicherheitspolitische Belange. In diesem Zusammenhang erwähnen russischen Gesprächspartner die Kuba-Krise von 1962. Auch die USA haben es damals – so die russische Argumentation – verständlicherweise nicht akzeptiert, dass in ihrem Vorhof auf Kuba sowjetische Raketen stationiert würden. Russland will – die baltischen Länder ausgenommen – mit der Ukraine und Weißrussland Pufferstaaten zwischen seiner Grenze und der NATO erhalten. Putin hat in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig die Ukraine für Russland ist. Er sieht sich in der Rolle eines Gesprächspartners, der immer wieder gemieden wird und dessen Argumente nicht gehört werden. Aktuell verhalten nach russischer Auffassung zum Beispiel die Warnungen vor rechtsextremistischen Einflüssen in der neuen ukrainischen Regierung. Ihre offenen Aufrufe zur Entrussifizierung seien dokumentiert.<sup>23</sup>

---

<sup>19</sup> <http://www.welt.de/politik/ausland/article125523447/US-Aussenministerium-listet-zehn-Putin-Luegen-auf.html>.

<sup>20</sup> Levada-Zentrum, Westnik Obschestwennogo Wremeni, Nr. 3-4 (116) Juli bis Dezember 2013.

<sup>21</sup> Siehe dazu schon Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., vom 15.03.2010.

<sup>22</sup> Nesawisimaja vom 27.06.2013, [http://www.ng.ru/ideas/2013-06-27/5\\_gazprom.html](http://www.ng.ru/ideas/2013-06-27/5_gazprom.html); Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Nr. 9/2013 – 12. August 2013, S. 4.

<sup>23</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html>.

Als Leitfaden für die weitere Entwicklung könnten aktuelle Erwägungen des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger dienen<sup>24</sup>:

„Putin sollte realisieren, dass eine Politik der militärischen Aufzwingung – bei all seinen Klagen – einen neuen Kalten Krieg hervorrufen würde. [...] Putin ist ein seriöser Stratege – auf der Grundlage der russischen Geschichte. Ein Verständnis für die Werte der USA und ihrer Psychologie sind nicht seine Stärke. Ebenso wenig war das Verständnis für die russische Geschichte und Psychologie je ein starkes Argument für US-Politiker.“

Eine (positive) Prognose könnte wie folgt aussehen:

- Die Ukraine bleibt als Staat ungeteilt bestehen, weil eine Spaltung russischen Interessen schaden würde. Bei einer Teilung des Landes bestünde die große Gefahr, dass sich der westliche Teil, in dem Russland über keinen Einfluss verfügt, sogleich näher an die EU und die NATO binden würde. Für Russland wäre die Ukraine als Pufferzone verloren.
- In der Ukraine kommt es zu einer stärkeren Föderalisierung mit einem besonderen Schutz für Minderheiten, z.B. für die russisch- und rumänischsprachige.
- Die Krim bleibt ukrainisch, weil das Vorgehen Russlands mit dem geltenden Völkerrecht unvereinbar ist. Sewastopol bleibt Standort der russischen Schwarzmeerflotte, der geltende Vertrag zwischen Russland und der Ukraine bleibt in Kraft. Der Westen erkennt die Absprache in einer Erklärung gegenüber Russland an. Auch mit der Türkei, die derzeit aus historischen und ethnischen Gründen nach der Krim schießt, scheint eine Einigung erreichbar.
- Die Ukraine wird nicht der NATO beitreten.
- Es kommt zu einer näheren Anbindung der Ukraine an die EU; das Problem wird die vertragliche Ausgestaltung sein. *Erstens*: Moskau wird seine Bedenken gegen eine stärkere militärische Kooperation zwischen der Ukraine und der EU aufrechterhalten. Denn russischen Medien ist zu entnehmen, dass das EU-Assoziierungsabkommen, das im November 2013 unterzeichnet werden sollte, eine Koordinierung von Verteidigungs- und Außenpolitik inkludierte. Die Folge wäre gewesen, dass die Ukraine und Russland schon vor einem NATO-Beitritt indirekt militärisch auf unterschiedlichen Seiten gestanden hätten. Einen solchen De-facto-NATO-Vorposten wird der Kreml nicht akzeptieren.<sup>25</sup> *Zweitens*: In wirtschaftspolitischer Hinsicht muss die enge Verflechtung der russischen mit der ukrainischen Wirtschaft zuverlässig geregelt werden.
- Wirtschaftssanktionen werden nicht verhängt werden. Der Westen hält sich die Gesprächskanäle aufrecht, der G8-Gipfel in Sotschi findet statt.

Moskau, 11. März 2014

Dr. Markus Ehm  
Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

---

<sup>24</sup> Washington Post vom 06.03.2014, „How the Ukraine crisis ends“.

<sup>25</sup> Expert vom 21. Oktober 2013.